

I. Haben Staaten und Individuen dieselben Pflichten?

Zurück zum Anfang des Kapitels. Hat der Staat nicht ähnliche Pflichten wie der Einzelne? In unserem bundesrepublikanischen politischen Spektrum macht sich insbesondere die FDP dafür stark, daher wird der nächste Punkt über eine Analyse der FDP-Argumentation entwickelt:

Zuvorderst eine Passage aus dem Europa-Programm der FDP von 2019: „Wir Freie Demokraten wollen zur Verbesserung des Klimaschutzes dort ansetzen, wo große Mengen CO₂-Emissionen mit relativ geringem Aufwand schnell vermieden werden können und wo künftig das größte Wachstum an Energiebedarf eintreten wird. Das ist in vielen Fällen nicht die Europäische Union (EU). In Asien, Afrika und Südamerika beispielsweise können schnelle Erfolge in der richtigen Größenordnung mit dem geringsten Aufwand erzielt werden.“ (FDP, 2019, 89) Spenden gegen Armut mit Effekten für den Klimaschutz kombinieren, das hatten wir als effizienteste Maßnahme auf der Ebene des Individuums bezeichnet. Sitzen wir damit nicht definitiv in einem ähnlichen Boot wie unsere wirtschaftsliberale Talkshow-Allzweckwaffe Christian Lindner? Ist Lindner der wiedergeborene Siegfried der Großen Transformation? Um diesen Eindruck im Keim zu ersticken, hat die FDP ein brillantes Argument, das „*Warte ab, warte ab... warte ab-Argument*“ entwickelt:

- 1) Wir versuchen, im Alleingang Emissionen da zu vermindern, wo nur ca. 2% entstehen, nämlich im kleinen Deutschland (Weimann 2012, 36).
- 2) Das Geld des gebeutelten Steuerzahlers könnte in Afrika viel mehr CO₂ vermeiden als bei uns, wo Verbesserungspotenziale schon weit ausgereizt und zusätzliche Schritte vergleichsweise teuer sind.
- 3) Also lasst uns in Afrika ein wenig Klimaschutz initiieren und ansonsten auf internationale Vereinbarungen warten.

Ergänzt wird das durch das „*Störe den Markt nicht-Argument*“:

- 1) Wir setzen durch z.B. zeitweise direkte Förderung von erneuerbaren Energien wie Photovoltaik und Windkraft (durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG) den Marktmechanismus außer Kraft.
- 2) Der sollte in Kraft gesetzt sein, d.h. so eingerichtet werden, dass die effizienteste Technik, sich durchsetzen kann. Nur ein weltweiter Preis für CO₂ garantiert das.
- 3) Mit dem EEG subventionieren wir konkrete Technologien von heute und verhindern damit, dass morgen das beste Instrument entwickelt und gewählt wird.
- 4) Also sollten wir heute nicht konkrete Technik mit dem EEG fördern, sondern nur einen CO₂-Preis festsetzen, damit der Markt morgen die Wahl des effizientesten Mittels hat.

Erst einmal erweckt das alles einen vernünftigen Eindruck, nur muss man befürchten, dass es der bekennenden Klientelpartei FDP gar nicht um den Klimaschutz, sondern um den Klientenschutz geht. Man braucht in der Konsequenz der gerade brillant entfalteten Argumente nämlich kaum etwas zu tun, bis ein weltweiter CO₂-Preis gesetzt ist. Allenfalls muss ein wenig Ablasshandel bezahlt werden, für Engagement jenseits des Äquators, aber so zu tun, als täte man etwas, kostet halt schon mal ein wenig Peanuts. Hier könnte man wirklich meinen, es handele sich um Ablasshandel, denn das Motiv ist nicht auf die beste Weise zu helfen, sondern reiche deutsche Wähler vor Kosten zu schützen. Alles Unterstellungen, aber spätestens seit dem Lapsus, die Hoteliers während der letzten Bundesregierung mit FDP-Beteiligung zu begünstigen, kann man sich solcher Unterstellungen bei dieser Partei nicht erwehren. Die oft rezitierte „Vernunft“ dient als Zuckerguss über ein glasklares Vorteilskalkül für die eigne Klientel.

Aber dass eine Argumentation einen, sagen wir mal, unglaublichen Ursprung hat, macht sie nicht per se falsch. Und gerade die Mischung von Wahrem und Falschem macht die Sache

ja raffiniert, gibt ihr ihren Zuckerguss, der süß/vernünftig schmeckt. Was also ist an den einzelnen Argumenten verkehrt? Bisherige deutsche Politik versucht primär Emissionen in Deutschland zu vermeiden. Zumindest wird in den Medien kaum darüber berichtet, wie viel die Staaten auf Ebene der EU von Emissionsersatzung in Entwicklungsländern Gebrauch machen. Der Versuch, im Inland zu punkten hat aber auch Gründe: Würde das gelingen, würde Deutschland seine internationalen Verpflichtungen erfüllen und damit auch *glaubwürdig als Klimaschützer*. Gerade wenn globale Abkommen erzielt werden sollen, braucht es einige glaubwürdige Staaten, die als „Koalition der Willigen“ vorgehen und die anderen nachziehen. Das kann Deutschland nur, wenn es im eigenen Land Erfolge beim Klimaschutz aufweist. Warten auf internationale Regelungen ist also die falsche Strategie. Man muss sie aktiv aushandeln und dafür als Vorbild vorgehen.

Zugleich ist allerdings wahr, dass internationale Vermeidungsbemühungen besser angesehen werden sollten. Wer absolut gesehen viel vermeidet, sollte sich Lorbeerkränze verdienen.¹ *Es ist ein Irrglaube, allein durch teure Bemühungen auf dem Territorium von Industriestaaten, die nötige Emissionsminderung zu erzielen*. Ein gutes Beispiel ist der Vorschlag der Schweizer SP, im Rahmen eines „Marshallplans“ die gesamte Energieversorgung der Schweiz auf Solarenergie umzustellen (Haesler 2019). Dabei würde extrem viel Geld für vergleichsweise wenig gesparte Emissionen aufgewendet. Mit wirksamen Klimaschutz hat das dann nur noch wenig zu tun.

¹ Die bisherigen „Clean Development“ Maßnahmen, mit denen industrialisierte Länder die Entwicklungsländer beim Vermeiden der Emissionen unterstützen wollten, haben als Wachstumsspritzen gewirkt und *die Emissionen nicht gesenkt*. Da muss man die Projektkriterien nachschärfen, bzw. erst mal einheitliche Kriterien schaffen. Bei der Weltbank lagern erhebliche Summen als Finanzspritze für Klimaschutz in Entwicklungsländern, die nicht abgerufen werden. Warum? Zweckgebundene Strukturhilfen sind verdächtig, weil arme Länder so einen Entwicklungspfad einschlagen, dessen langfristige Förderung durch den Norden nicht garantiert wird. Weiterhin erwarten die Geberländer von den Nehmerländern im Gegenzug politische Strukturformen, etwa Reformen von Energiesubventionen etc. Diese benutzen freien Zugang zu fossiler Energie aber zum Beispiel als Mittel zur Armenspeisung, was wegfallen würde, wenn die Subvention verschwände. Man müsste also das gesamte Sozialsystem umbauen, wobei die Weltbank auch berät. Aber zu viele Ratschläge von außerhalb kommen nicht ganz so gut an. Zurecht, wenn man bedenkt, dass derselbe afrikanische Ministerialbeamte, der vor 20 Jahren noch von uns hörte, dass Großkraftwerke und große Agrarbetriebe geschaffen werden müssten, nun das Gegenteil vernimmt. Kann man ihm da Kopfschmerzen vorwerfen? Gleichwohl gibt es unterhalb dieser politischen Ebene viele Projekte der beschriebenen Art, in die man schon mal einsteigen könnte. Beispiele für vertrauenswürdige Akteure gebe ich im Text.

Es ist vielmehr die Konsequenz eines in Nachfolge des Philosophen Immanuel Kants stehenden Denkens, dass es primär darauf ankommt, selbst nichts Unrechtes zu tun und eine saubere Weste zu behalten. Ich möchte hingegen betonen, dass es darauf ankommt, einen Unterschied dabei zu machen, die Welt zu verbessern. Da sind renommierte Projekte wie der 2019 beschlossene Kohleausstieg ebenfalls verdächtig. Es geht nicht vorrangig darum, die wenigen Emissionen aus deutschen Kohlekraftwerken zu vermeiden, sondern es geht um das Vorbild, dass Deutschland armen Staaten gibt. Die Message sollte sein: Man kann auch dann noch Industrieland sein, wenn man aus Atomenergie und Kohleverstromung aussteigt. Wird das jedoch durch Entschädigungen so teuer erkaufte, dass ärmere Staaten den Weg nicht nachahmen können, nützt das wenig.

Allerdings ist auch wahr, dass *die menschliche Psychologie* de facto einem globalen und folgenorientierten Klimaschutz nationale Grenzen setzt. Wer Wasser predigt und am eigenen Tisch Wein trinkt, ist nun einmal unglaubwürdig, so ticken wir. *Richtig überzeugen werden wir nur, wenn wir den richtigen Mix von Engagement auf der Welt, und Zuhause, und weißer Weste und Weltverbesserung finden.* Zudem haben wir in Paris Ziele anerkannt, die uns auf Leistungen im Eigenheim festlegen. Fazit: *Für Staaten gelten andere Normen als beispielsweise für Individuen.* Sie stehen wie Unternehmen auf der Bühne und werden gesehen, anders als viele Individuen, nehmen wir nur die tragisch, unromantisch und einsam sterbende Rentnerin aus dem letzten Kapitel als Beispiel.

Die Behauptung aus dem „Störe den Markt nicht-Argument“, dass wir uns mit dem EEG unzulässig auf Technologien festlegt hätten, ist falsch. Das EEG förderte die volle Bandbreite von Erneuerbaren (Kemfert 2013, 113). Dass es überhaupt den Umbau der Energieversorgung angeht, statt abzuwarten, scheint die FDP allerdings zu beunruhigen. Der Hinweis auf das Effizienzgebot ist richtig, nur dass es bei Staaten nicht nur auf Effizienz ankommt. Schauen wir zurück: Das heiß umkämpfte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) betrat die Bildfläche

und hat die teure Wind- und Solarenergie gefördert mit der Ansage: „Wachset und mehret euch, aber werdet billiger dabei!“ Und welch’ Wunder: Die Wirkungsgrade dieser Technologien sind enorm gestiegen, die Kosten enorm gesunken (Creutzig et al. 2017, 4). So sind sie mancherorts sogar billiger als der auch mit Subventionen aufgepöppelte Kohle- und Atomstrom, für den wir später den wahren Preis in Form der Zeche, z.B. bei der Entsorgung oder bei den Klimaschäden zahlen müssen. Das ist erst einmal ein Wunder, auch wenn es bzgl. Speicherkapazitäten auch Probleme erzeugt. Hier sieht der Staat wie der gesuchte Held aus, denn wer Wunder wirkt, dem folgt man gerne.

Wie ging dieses Wunder vonstatten? Hat Jesus eine Rede gehalten und den Windrädern die Hand aufgelegt? Nein, der Staat hat Wind- und Sonnenenergie in die Massenproduktion gebracht, durch die Einspeisevergütung der EEG-Umlage, die ein 400-faches Wachstum der Photovoltaik von 2000-2016 bewirkte. Dieses politische Förderungssystem führte u.a. zu extremer Verbilligung der Technik und es wurde z.B. auch in China nachgeahmt, was die chinesische Energiewende als Kind der deutschen Energiewende ausweist (Solar Power Europe, 2015). Zudem stammen chinesische Technologien offenbar fast ausschließlich von deutschen Unternehmen (Kemfert 2013, 124). Dadurch profitierte China von den immensen „Skaleneffekten“, also Leistungssteigerungen bei gleichzeitiger Verbilligung, die erreicht wurden. Hier sieht man, dass die deutsche Energiewende jedenfalls eine positive Wirkung auf die globalen Emissionen hatte (anders: Weimann 2012, 37). Es ist nicht egal, was Deutschland tut, weil sowieso niemand auf Deutschland schaut. Natürlich ist Deutschland nicht der Nabel der Welt, aber wir brauchen den Kopf nicht völlig in den Sand stecken. Technische Verbesserung ist nicht etwas, das vom Himmel fällt. Durch politische Entscheide kann man Innovation produzieren, die sonst nie möglich gewesen wäre. Das spricht gegen das „laissez-faire“ des Marktes. Um zum Beispiel Photovoltaik weiter voranzutreiben, lehrt die Forschung, dass in Zukunft *weniger technische als finanzielle Unterstützung* geboten ist, um kapitalintensive Technologien in der Anschaffung zu unterstützen (Creutzig et al. 2017, 4 f.).

Langfristig wird diesen Techniken zugestanden, dass sie Kosten einsparen, aber kurzfristig muss man Geld vorstrecken. Die Wege zu Wundern wandeln sich also, aber nach wie vor brauchen wir einen willigen Staat vor dem Ochsenkarren.

Staaten haben also besondere Pflichten, die sich von den individuellen markant unterscheiden. Natürlich sollten auch sie für den effizientesten Weg Mittel reservieren und diesen entschlossener beschreiten. Deutschland versucht z.B. hier im Inland viele Verbesserungen, die relativ ineffizient und teuer sind, es ginge besser: „Eine Studie vom BDI und McKinsey hat gezeigt, dass in Deutschland bis 2020 rund 195 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr durch Wahl der geeigneten Methoden relativ kostengünstig eingespart werden könnten, und zwar allein mit technischen Maßnahmen (d. h. ohne Verhaltensänderungen und Verzicht).“ (Paschotta 2017) Auch wenn man bei solchen interessengesteuerten Studien Vorsicht walten lassen muss: Deutschland könnte effizienter sein und wenn es globaler denken würde, ließe sich das nochmals steigern: *Mehr nationales Engagement in Staaten, wo größere Mengen billiger zu erzielen sind, wäre erwünscht.* CO₂ vermeiden, indem man Häuserfassaden beispielsweise auf Kosten einer Kommune für durchschnittlich 4000 € begrünt (so ein Programm in Mannheim), das ist ein sehr teurer Weg, wenn man nur auf die Klimaeffekte schaut. Etwas Recht hat die FDP also schon. Aber in Effizienz gehen staatliche Pflichten nicht auf: *Staaten müssen auch politisch glaubwürdig sein und effizienten Techniken auf die Welt helfen.* C. Lindner erweist sich leider nur als Heldenattrappe. Obwohl die Haarfarbe stimmt, muss Siegfried doch anders ausgesehen haben...

Transformationsfalle: Versuche als Nationalstaat nicht, den Klimaschutz allein durch teure nationale Aktionen allein zu stemmen, aber Kosten sind in der Politik nicht alles, weshalb man auch vor Ort investieren muss. Gesucht ist der richtige Mix.